druck, daß er bestrebt sein werde, etwa noch vorhandene Unstimmigkeiten zu beseitigen. Auf der Dresdner Tagung stand im Vordergrunde des Interesses die vom Bürgermeister Zimmermann beantragte und von uns bereits berichtete Auflösung der Landvolkgruppe des Landtages, von der man ebenso eine günstige Wirkung auf etwa noch vorhandene Meinungsverschiedenheiten erhofft, wie von der Wahl eines Nationalsozialisten (Harter, Neudörfchen bei Mittweida) zum 2. Vizepräsidenten des Sächsischen Landbundes. Bei der Wahl eines weiteren Vorstandsmitgliedes wurde der Landbundvorsitzende Zimmermann (Wolkau) mit 16 Stimmen gegenüber dem Rittergutspächter Bennewitz gewählt, der 14 Stimmen erhielt. Bürgermeister Zimmermann begründete den Anspruch des Bezirks Meißen auf einen Sitz im Vorstande mit der Bedeutung dieses Bezirks als des stärksten (und wohl auch des tätigsten) im Sächsischen Landbunde und betonte weiterhin die Notwendigkeit einer überparteilichen Einstellung der Landbund-Vorsitzenden. Die Ausführungen des Vorsitzenden wurden mit zustimmendem Beifall aufgenommen. In einer ausgedehnten Aussprache wurde noch eine Reihe anderer Angelegenheiten berührt. Beschwerde wurde erhoben gegen rigoroses Vorgehen des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Außerdem wurden die Schlachtungs- und Schlachtsteuer- sowie die Milchfrage besprochen und vor unreellen Darlehnsangeboten gewarnt. Auch die neuverordnete Auslegung der Steuerbescheide (an Stelle der bisherigen Zuschickung) kam zur Sprache.

Pünktliche Abführung der Bürgersteuer. Amtlich wird mitgeteilt: Nach den Durchführungsbestimmungen zur Bürgersteuer haben die Arbeitgeber die Bürgersteuer ihrer Arbeitnehmer bei der nächsten auf die Fälligkeit der Steuer folgenden Lohnzahlung einzubehalten und binnen einer Woche an die auf der Steuerkarte bezeichnete Kasse abzuführen. Kommt ein Arbeitgeber dieser Verpflichtung nicht rechtzeitig nach, so hat er dies bis zum Ablauf derselben Frist den Gemeindebehörden, an die er die Ablieferung hätte vornehmen müssen, anzuzeigen. Dabei werden die Gründe für die Unterlassung der Abführung anzugeben sein. Da die Unterlassung dieser Anzeige innerhalb der erwähnten Frist als Steuerzuwiderhandlung nach der Reichsabgabenordnung mit einer Ordnungsstrafe bis zu 10 000 Reichsmark belegt wird, werden die Arbeitgeber diese neue Anzeigepflicht besonders beachten müssen.

Aufgehobene Vieheinfuhrsperre. Das Wirtschaftsministerium hat die durch Verordnung vom 24. August 1931 angeordneten verschärften Vorschriften der Ausführungsverordnung zum Viehseuchengesetz für das aus Mecklenburg-Schwerin eingeführte Klauenvieh mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt.

Keine Volkszählung 1932. Der Reichswirtschaftsminister hat mitgeteilt, daß im Hinblick auf die schwierige Finanzlage bei Reich, Ländern und Gemeinden im laufenden Jahr keine Volkszählung stattfinden könne.

Herzogswalde. Zu einem Staatsbürgerabend hatte der Jungdeutsche Orden und die V.R. für den 6. Februar nach dem Gasthof eingeladen. Zu diesem waren etwa 60 Personen erschienen, die vom Großmeister Walther auf das herzlichste begrüßt wurden. Hierauf nahm Komtur Menzel das Wort und wußte in nahezu zweistündiger Rede die Zuhörer über freiwilligen Arbeitsdienst, Arbeitsdienstpflicht und Siedlung mit seinen klaren und sachlichen Ausführungen zu fesseln und zu überzeugen, daß nur auf dem Wege über den freiwilligen Arbeitsdienst und die Inangriffnahme der intensiven Ost-(Dorf-)Siedlung und als weiteren Schritt durch die Arbeitsdienstpflicht die Arbeitslosigkeit und Not unserer Zeit gemeistert und überwunden werden kann. Die Reichspräsidentenwahl betreffend gab der Redner einen Rückblick auf die Vorgänge, die sich wegen der Verlängerung der Reichspräsidentschaft unseres verehrten Hindenburg abgespielt haben, seine Ausführungen dahin zusammenfassend, daß in der gegenwärtigen Zeit voll Not und Gewitterschwüle Reichspräsident v. Hindenburg, der treue Eckehard des deutschen Volkes, von dem Vertrauen des jungen Volkes getragen und berufen werden muß, sein verantwortungsreiches Amt als Reichspräsident auch weiterhin zu übernehmen. Denn Hindenburg in seiner vorbildlichen Treue, seiner Pflichterfüllung und seiner Auffassung, nur dem ganzen deutschen Volke zu dienen, ist im Auslande der Begriff der Verkörperung — Deutschland! Die Versammlung war einmütig mit den Ausführungen des geschätzten Redners einverstanden. Nichts für die Parteien, aber alles für das ganze deutsche Volk! Dieser Gedanke wurde klar herausgestellt und wird durch diesen Abend in weitere Kreise getragen werden. Durch den Versammlungsleiter wurde dem Redner der Dank ausgesprochen. Anschließend an die öffentliche Versammlung fand die feierliche Verpflichtung von 5 Brüdern und 2 Jungbrüdern und des durch die Kur berufenen 2. Großmeisters durch Komtur Menzel statt.

Neukirchen. Gemeinsame Stiftungsfeste feierten am Sonnabend im hiesigen Gasthof die Freiwillige Feuerwehr, der Militärverein und der Männergesangverein. Zum dritten Male hatte man sich zu dieser Dorfgemeinschaft vereint und wiederum war diese Veranstaltung von Anfang bis Ende durchdrungen von echtem kameradschaftlichen Geiste. Die offizielle Leitung lag diesmal dem Männergesangverein ob, nachdem man zuvor die anderen Vereinsleitungen damit betraut hatte. Die Veranstaltung, welche mit kalter Tafel begann, wurde vom Musikchor Leuschner-Fischer bestens ausgestaltet. Durch eine Ansprache des Vorsitzenden des Männergesangvereins wurde der Charakter der Veranstaltung wie auch die Treue und Aufopferung der Vorstände und Mitglieder besonders gewürdigt. Aus Mitgliederkreisen wurde durch Dir. Bode-Dittmannsdorf die verantwortungsvolle Arbeit der Vorstände gewürdigt und die Festteilnehmer ermahnt, sich zum echten Deutschtum zu bekennen. Der von seinem Amte als Liedermeister zurückgetretene Lehrer Alschner-Bieberstein wurde für seine aufopfernde Tätigkeit und Treue um die Pflege des deutschen Volksliedes während seiner achtjährigen Mitgliedschaft, wovon er 7 Jahre dem Vereine als Liedermeister diente, durch den Vorsitzenden des Männergesangvereins besonders gewürdigt und zum Ehrenmitglied ernannt und ihm eine entsprechende Ehrenurkunde überreicht. Hierauf richtete Lehrer Alschner und auch sein Nachfolger, Lehrer Wermann, zu Herzen gehende Worte an die Festteilnehmer, die darin gipfelten, daß beide als ihre vornehmste Pflicht es erachten, sich der Pflege des edlen deutschen Männergesangs zu widmen. Die Oeffentlichkeit wurde aufgefordert, sich aktiv oder passiv an dieser kulturellen Aufgabe zu beteiligen. Die Mitglieder des Männergesangvereins boten als Einlage einige Lieder, die Mitglieder Polz, Bernhard und Friedrich heitere Duo- und Solozenen, die reichen Beifall fanden. Die heitere Feststimmung zog alle Teilnehmer in ihren Bann. In schönster Harmonie entfalteten die Stunden nur allzu schnell, doch lange werden sie noch in der Erinnerung fort leben.

Die notleidende Sozialversicherung.

Sächsischer Landtag.

(66. Sitzung.) Dresden, 9. Februar.

Die sozialdemokratische Fraktion macht durch den Abgeordneten Arndt einige Vorschläge zur Reform der Sozialversicherung.

Innenminister Richter gibt zunächst eine Erklärung ab, in der es heißt: Nach der Tagespresse beabsichtige die Reichsregierung, in allernächster Zeit auf gesetzgeberischem Wege die

Sozialversicherung

zu reformieren. Trotz wiederholter Nachfrage sei die sächsische Regierung noch nicht amtlich darüber unterrichtet worden; sie hat aber bei der Reichsregierung gegen tief einschneidende Änderungen in der Organisation der Sozialversicherungsträger und -behörden, insbesondere in der Richtung einer weitgehenden Beseitigung bisheriger Länderzuständigkeiten Vorstellung erhoben. Andererseits sei die sächsische Regierung von der Notwendigkeit gewisser Reformen überzeugt und wird daran unter dem Gesichtspunkt mitwirken, daß ein Abbau sozialer Leistungen nur soweit eintritt, als es gegenwärtig bei gerechter Abwägung der Belange der von der Not gleicherweise betroffenen Gruppen der Arbeitgeber und der Versicherten verantwortet werden kann. Die Regierung werde den Fürsorgeverbänden nahelegen, für die von ihnen zu unterstützenden Arbeitslosen die zur

Aufrechterhaltung einer sonst erlöschenden Anwartschaft in der Invaliden-, Angestellten- und knappschaftlichen Pensionsversicherung

notwendige Beiträge aus Fürsorgemitteln zu leisten. Die Regierung wird auch beim Reiche vorstellig werden, eine solche Regelung zur Aufrechterhaltung dieser Anwartschaften zu treffen, die eine Mehrbelastung der Versicherungsträger vermeidet.

Abg. Tögel (Dnat.) führt aus: Wir Deutschnationalen bekennen uns heute wie immer zur deutschen Sozialversicherung. Für uns handelt es sich um die entscheidende Frage: Entweder kleine Reform zur Erhaltung des heutigen sterbenden Systems der Sozialversicherung oder große grundsätzliche Reform zur Beseitigung des heutigen Systems und zur Rettung der Sozialversicherung für das deutsche Volk. In den letzten Jahren seien große Beitragsrückstände aufgelaufen. Während wirkliche Unterschlagungen keine Rücksicht verdienten, solle man aber die schwere Notlage der Arbeitgeberschaft nicht verkennen und auch die gewaltige Arbeitsleistung aus der Übernahme der Verwaltungsarbeit durch den Unternehmer berücksichtigen. Die kollektive Versicherung einzelner Mitglieder des Volkes ist abhängig von der individuellen Gesichertheit eines denkbar großen Volksteiles, darum ist die erste Aufgabe die Sicherung der Arbeit für möglichst viele deutsche Menschen. Wirtschaft und Arbeit seien eingepreßt in einen starren Mechanismus. Eine weitere Voraussetzung sei ferner die Lösung der Sozialversicherung von der Parteiwirtschaft und vom Klassenkampfgedanken. Ein Abänderungsantrag der deutschnationalen Fraktion fordert zur Vorbereitung einer grundsätzlichen Reform, zur Vereinfachung der Verwaltungsarbeit und zur Vermeidung von Nachteilen, die den Versicherten aus der Überschneidung der Beitragsklassen in den verschiedenen Versicherungszweigen entstehen unter eingehender Würdigung der finanziellen Auswirkung eine weitgehende Angleichung der Beitragsklassen in den einzelnen Versicherungszweigen durchzuführen.

Nach weiterer Aussprache wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen, der deutschnationale Abänderungsantrag abgelehnt.

Die Wirtschaftspartei hat eine Änderung des § 3 des sächsischen Aufwertungsgesetzes in bezug auf die Mietzinssteuerfreiheit für die öffentlichen Körperschaften beantragt. Das Haus stimmt dem Gutachten des Rechtsausschusses, diesen Antrag abzulehnen, zu. — Es folgt die zweite Beratung des Antrages der Wirtschaftspartei wegen der

Vergebung von Gemeindeaufträgen an eigene Regieunternehmungen

oder an sogenannte gemeinnützige Unternehmungen.

Abg. Schmidt (W.-P.) berichtet für den Rechtsausschuß; es wird vorgeschlagen, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen: Gemeinden und öffentliche Körperschaften sind anzuweisen, einen planmäßigen Abbau eigener Regieunternehmungen — mit Ausnahme der öffentlichen Versorgungsbetriebe — bis zu ihrer völligen Beseitigung vorzunehmen, da eine derartige Betätigung gegen den klaren Wortlaut des Art. 164 der Reichsverfassung verstößt. Den Gemeinden und öffentlichen Körperschaften, die planmäßig die Steuerkraft ihrer ortsansässigen, gewerblichen Unternehmungen schädigen oder öffentliche Zuschüsse zur Unterhaltung ihrer eigenen Regieunternehmungen, ausgenommen die lebensnotwendigen Versorgungsbetriebe, aufwenden, sind mit sofortiger Wirkung alle Unterstützungen aus staatlichen Geldmitteln zu sperren, insbesondere Sonderzuweisungen aus dem staatlichen Lastenausgleichsstock.

Als der deutschnationale Abgeordnete Dr. Weber zur Rednertribüne geht, verlassen die Abgeordneten der Wirtschaftspartei den Saal; Abg. Enterlein ruft: „Schämen Sie sich nicht, hier als Judas aufzutreten?". Abg. Enterlein erhält einen Ordnungsruf. Abg. Dr. Weber weist darauf hin, daß die sächsische Regierung seinerzeit versprochen habe, den vom Reich dem Mittelstand versprochenen Schutz zu gewähren. Leider sei es bei diesem Versprechen geblieben.

Der Antrag der Wirtschaftspartei wurde in seinem ersten Teil angenommen, im zweiten Teil abgelehnt.

Abg. Dieckmann (DVP.) berichtet dann für den Haushaltausschuß A über die Übernahme einer Staatsbürgschaft beim

Zusammenschluß der sächsischen Kraftwagenindustrie.

Der Regierung soll zur Übernahme einer bis zum 16. Januar 1938 befristeten selbstschuldnerischen Staatsbürgschaft für einen im Interesse der zu gründenden Aktiengesellschaft der sächsischen Automobilindustrie aufzunehmenden Kredit zum Betrage von 6 Millionen Mark die Genehmigung erteilt werden. Nach einer kurzen Aussprache wird der Antrag des Ausschusses gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Ohne Aussprache wird der Antrag: Bei der Reichsbahn dahin zu wirken, daß die Eisenbahnlinie Gera—Gößnitz zweigleisig ausgebaut wird, einstimmig angenommen.

Die Wirtschaftspartei hat einen Antrag eingebracht, der Bezug nimmt auf angebliche Verhandlungen zwischen der Deutschen Reichsbahngesellschaft und dem tschechoslowakischen Staatsfiskus, die einen

Verkauf der deutschen Eisenbahnlinie Zittau—Reichenberg

bezwecken. Die Regierung soll ihre Vertreter bei den zuständigen Reichsstellen und in den Organen der deutschen Reichsbahngesellschaft anweisen, sich dafür einzusetzen, daß eine solche Veräußerung deutschen Volksvermögens unterbleibt. Der wirtschaftspartei liche Antrag wird gegen die Stimmen der SPD. angenommen.

Die Nationalsozialisten haben an die Regierung eine Anfrage gerichtet wegen des angeblich durch unzulängliche Organisierung des freiwilligen Arbeitsdienstes des Jungdo bei der

Regulierung des Albrechtsbaches

bei Bautzen veranlaßten Zusammenbruch einer Baufirma. Finanzminister Hedrich kann alle von den Nationalsozialisten erhobenen Vorwürfe als unbegründet zurückweisen; er stellt fest, daß der freiwillige Arbeitsdienst in jeder Beziehung gut organisiert war und die Arbeiten in voller Harmonie zwischen dem Träger der Arbeit, dem Träger des Dienstes, der Bauunternehmung und der Regierung durchgeführt worden ist.

Nächste Sitzung Donnerstag, 18. Februar, 13 Uhr.

Mohorn. Autobrand. Ein hier durchfahrender Personenwagen geriet durch Wegwerfen einer Zigarette in Brand. Das Brennen der Polsterung wurde rechtzeitig bemerkt und durch hilfsbereite Einwohner konnte der Wagen vor weiterem Schaden bewahrt bleiben.

Mohorn. Bettelnde Autofahrer. In den letzten Tagen konnte hier beobachtet werden, daß „Kraftfahrer" ihr Fahrzeug irgendwo im Orte stehen ließen, um dann regelrecht betteln gehen zu können. Nach Erledigung ihrer „Arbeit" bestiegen sie ihr Vehikel, um die nächste Gegend zu beglücken. Es handelt sich um einen Fiatwagen mit roter Nummer und um ein Indianrad mit Seitenwagen.

Kirchennachrichten.

Wilsdruff. Heute ½9 Uhr Jungfrauenverein. — Donnerstag: Abends 8 Uhr Bibelstunde.

Vereinskalender.

Militärverein. 13. Februar Versammlung.

Verein für Natur- und Heimatkunde. 17. Febr. Jahreshauptversammlung.

Wetterbericht.

Vorhersage der Sächsischen Landeswetterwarte für den 11. Februar: Fortdauer des starken Frostwetters. Auf den Bergen der Mittelgebirge durch Temperaturumkehr mit der Höhe zeitweilig etwas höhere Temperaturen als in tieferen Lagen. Vorwiegend geringe Bewölkung, örtlich und zeitlich etwas dunstig oder neblig. Schwache bis mäßige, im Gebirge auch frische Winde aus Nordost bis Ost.

Sachsen und Nachbarschaft

Anschlag auf Dr. Schäfer.

Zwickau. Der frühere nationalsozialistische hessische Landtagsabgeordnete Dr. Schäfer, der bekanntlich seinerzeit durch die Angelegenheit der Berzheimer Dokumente von sich reden gemacht hat und zurzeit in Westsachsen in Versammlungen des Bundes für Wahrheit und Recht spricht, hatte am Dienstag abend in einer Versammlung in Werdau geredet. Er wohnte in einem Zwickauer Hotel. Als er nachts gegen 2 Uhr vom Palastkeller aus nach seinem Hotel ging, wurde er auf dem Rathenauplatz von einem Unbekannten angeschossen. Dr. Schäfer erhielt einen Durchschuß am linken Arm und wurde ins Krankenstift gebracht. Der Täter war aus einem Auto gestiegen, mit dem er dann unerkannt entkam.

*

Zittau. Folgen der Glätte. Zwei Dresdner Vertreter, Fischer und Kopf, verunglückten schwer, als sie in der Löbauer Straße an einem Radfahrer seitlich vorbeifahren wollten. Der Wagen rutschte dabei über die Böschung ab und stürzte gegen einen Telephonmast, der das Dach des Autos eindrückte. Die Insassen wurden mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.

Obergräfenhain. Bettelnde Einbrecher. In einer Gastwirtschaft sprachen zwei junge Burschen um milde Gaben vor. Sie erhielten etwas, begingen aber sogleich im benachbarten Laden einen Einbruch und plünderten die Ladenkasse. Sie wollten auch Lebensmittel mitnehmen, wurden aber gestört.

Hohenstein-Ernstthal. Todesfall. Im Kreiskrankenstift Zwickau verschied der hiesige Stadtarchivar Verwaltungsoberinspektor Kurt Weiße nach schwerem Leiden. 44 Jahre lang hat er aufs treueste seine Pflicht erfüllt. Außerdienstlich hat er sich durch seine schriftstellerische Tätigkeit auf dem Gebiet der Heimatkunde große Verdienste erworben, nicht weniger durch die Anlegung des Stadtmuseums.

Zwickau. Steigende Sparkasseneinzahlungen. Bei der Stadtsparkasse wurden im Januar dieses Jahres 913 227 Mark eingezahlt und 595 417 Mark abgehoben. Erstmalig ist seit Mai 1931 wieder ein Überwiegen der Einzahlungen einschließlich Alteinlagenübertragung mit 317 810 Mark festzustellen.

Niederhaßlau bei Zwickau. Ohrentropfen getrunken. Ein vierjähriger Junge verlangte hier nach dem Bett und verfiel dort in Bewußtlosigkeit. Der Arzt stellte eine Vergiftung fest. Wie sich ergab, hatte der Junge in einem unbewachten Augenblick einen Kleiderschrank erklettert und ein Fläschchen mit Ohrentropfen heruntergeholt, aus dem er trank, während ein anderer Junge dies ablehnte. Erst abends gelang es, das vergiftete Kind ins Bewußtsein zurückzurufen. Lebensgefahr besteht jetzt nicht mehr.

Niederhaßlau. Auf Lebenszeit gewählt. Mit den Stimmen der Bürgerlichen und Sozialdemokraten gegen die der KPD. wurde der hiesige Bürgermeister Reef, der sich zum dritten Male, das heißt auf Lebenszeit, zur Wahl stellte, wiedergewählt.

Glauchau i. V. Bezahlter Brandstifter. Im Oktober 1930 brannte in Raasdorf ein Getreideseimen, der dem Gutsbesitzer Müller gehörte. Schon damals wurde Brandstiftung vermutet. Jetzt wurde der Brandstifter in dem Knecht Anton Wagner aus Hartkirchen in Bayern ermittelt. Dieser war damals in Raasdorf in Stellung und wurde von Müller zum Anlegen des Brandes angestiftet. Er hat auch von Müller damals 50 Mark Entschädigung bekommen. Müller hat zugestanden, den Wagner zu dem Brand angestiftet zu haben.

Schöneck. Wohnhaus eingeäschert. In Marieney brach in dem Schuppen des Schmiedemeisters Joram ein Schadenfeuer aus, das sehr schnell um sich griff und auch das Wohnhaus mit einäscherte. Der Schaden ist ziemlich bedeutend. Es wird Brandstiftung vermutet.

Zinnberg bei Penig. Wenig Ehrfurcht vor dem Alter. An der teilweise durch einen Peniger Geschichtsforscher freigelegten Ruine der einstigen Zinnburg verübten rohe Burschen groben Unfug. Sie haben eine große Anzahl Steine aus den Ruinenresten ausgebrochen und nach der Mulde gerollt. Ein Teil der Ruine, die hohen historischen Wert besitzt, ist dadurch zerstört und ein großer Teil der aufgewandten Ausgrabungsarbeiten umsonst gewesen.

Leipzig. Benzinexplosion. In der Aurelienstraße in Lindenau entzündeten sich beim Waschen eines Kleides Benzingase am Ofen. Es entstand eine Explosion, durch die die Wohnung außerordentlich stark beschädigt wurde. Eine Buchhalterin und ihre Mutter wurden erheblich verletzt ins Krankenhaus gebracht.

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF